

Bürgerprotest gegen zu hohe Abgaben



Constanze Truschzinski aus Pößneck und Burkhard Kunze aus Langenorla im angeregten Gespräch vor dem Gebäude des Landtages in Erfurt. (Foto Mario Keim)

Auch Protestierende aus dem Saale-Orla-Kreis bei der Landtagssitzung in Erfurt Pößneck (M. K.). Mit einer Mahnwache vor dem Thüringer Landtag hatte die Bürgerallianz Thüringen gegen überhöhte Kommunalabgaben am Freitag ihren Protest gegen das von der CDU in Sondersitzung beschlossene Beitragsbegrenzungsgesetz deutlich gemacht (OTZ vom 8. August). An der Demo nahmen auch Bürger aus dem Saale-Orla-Kreis teil.

Mahnend zeigten Bürgerinitiativen anschaulich anhand von Transparenten, wie teuer der Straßenausbau und Investitionen bei Abwasseranlagen einem Grundstückseigentümer werden können. "Vierstellige Euro-Beträge überfordern die betroffenen Hausbesitzer. Geld, welches dringend für die energetische Sanierung von Häusern benötigt würde, fließt in Straßenausbau und oft überdimensionierte Abwasseranlagen. Der besondere Vorteil als Beitragsgrund kann nicht nachgewiesen werden", so Constanze Truschzinski (Die Linke/SIP) aus Pößneck vor dem Thüringer Landtag.

Dem Aufruf zur Sternfahrt waren neben Vertreten von 100 Bürgerinitiativen aus ganz Thüringen sowie der Pößnecker Stadträtin weitere Mitstreiter aus dem Saale-Orla-Kreis gefolgt. So verfolgten u. a. Burkhard Kunze (Die Linke) aus Langenorla, Bernd Keidel (Die Linke) und Karl-Heinz Stolze (Haus-, Wohnungs- und Grundstückseigentümerversammlung Saale-Orla) aus Neustadt auf Einladung des Landtagsabgeordneten Frank Kuschel (Die Linke) die Landtagssitzung auf der Besuchertribüne.

Später verstärkten Mitglieder des Bündnisses Das Soziale Thüringen unter Leitung des Thüringer Arbeitslosenparlaments mit einer Demonstration die Aktion. Die Teilnehmer übergaben einen Wäschekorb voller Kündigungsschreiben gegen den Ministerpräsidenten Dieter Althaus (CDU). Mit dieser Aktion will das Bündnis auf die soziale Schieflage im Land und die vielen ungelösten oder offenen Probleme z. B. auf dem Arbeitsmarkt oder im Bildungssektor aufmerksam machen und forderte gleichzeitig alle Bürger auf, am 30. August 2009 zur Wahl zu gehen.

11.08.2009